

Demokratie gegen Autokratie

Der neue politische Antagonismus
als politische Falle

Beat Schneider

1989 sagte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das «Ende der Geschichte» voraus.¹ Seine Theorie besagte, dass nach dem Ende der Sowjetunion die Geopolitik nicht mehr durch den Antagonismus, das heisst dem Widerspruch zwischen dem real-kapitalistischen und dem real-sozialistischen System gekennzeichnet sei. Nach dem Kalten Krieg sei die Welt zu sich selbst gekommen und bestehe nur noch aus einem System, dem westlich-kapitalistischen unter der Führung der einzigen Supermacht USA, womit das «Ende der Geschichte» erreicht sei. Fukuyama hatte eine verengte globalpolitische Sicht, als er in seine These nur den Untergang der UdSSR und des europäischen sozialistischen Staatensystems einbezog, hingegen den Aufstieg Chinas (und Indiens) nicht zur Kenntnis nahm. Eine offensichtlich eurozentristisch-westliche Sicht aus der Froschperspektive des Globalen Nordens.

Der Fehler wurde in der Zwischenzeit korrigiert, indem die westlichen MeinungsmacherInnen seit Beginn des neuen Jahrhunderts anstelle des «Endes der Geschichte» einen neuen politischen Antagonismus in Umlauf brachten, mit dem sie nun die Welt politisch zu deuten versuchen: Demokratie gegen Autokratie. Zu den Autokraten (per Definition: Alleinherrscher, die in ihrer Machtfülle durch nichts und niemanden eingeschränkt sind.²) zählen sie zum Beispiel den russischen Präsidenten Wladimir Putin, einige Präsidenten von zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken, viele Präsidenten in Ländern des Globalen Südens und den chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Der neue Antagonismus fand allmählich auch in den linken Diskurs Eingang. Er verdrängte, beziehungsweise löste

frühere Antagonismen ab: Antikolonialismus gegen Kolonialismus, Antiimperialismus gegen Imperialismus, Sozialismus (und soziale Marktwirtschaft) gegen Liberalismus (und Neoliberalismus). Diese Antagonismen sind linker Schnee von gestern.

Der Begriff der Autokratie ist aber unscharf und unterdefiniert! Er hat die Eigenschaft, die Vernebelung realer politischer Inhalte zu befördern.³ Denn es gibt autokratische Herrschaftssysteme, die sich formell auf republikanische Wahlen abstützen (wie z.B. in der Russischen Föderation), wie es auch formell demokratische Herrschaftssysteme gibt, die sich auf ein autoritär zugeschnittenes, präsidentiales Wahlsystem abstützen, das dem Präsidenten fast unbeschränkte Vollmachten gibt (wie z.B. in den USA). Wo liegt der Unterschied? Offensichtlich in den politischen Inhalten! Was aber, wenn politische Inhalte im neuen Antagonismus praktisch keinen Platz mehr haben?

Die Rede von Demokratie gegen Autokratie ist im Kern ein populistischer Diskurs, der die Politik personalisiert und unzulässig reduziert. Das heisst: Der neue Antagonismus fokussiert auf die Person der Autokraten und verwässert und negiert politische Inhalte und Differenzen, wie zum Beispiel klassenpolitische Interessen. Wenn sich weite Teile der westlichen Linken den neuen Antagonismus aneignen, geraten sie schlicht in eine politische Falle: Die politischen Gegner sind nun die Autokraten, gegen die sie die westlichen Demokratien à tout prix verteidigen, wie autoritär diese auch immer seien. Oder sie lassen das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO), das spätestens seit der völkerrechtswidrigen Bombardierung Jugoslawiens 1999 ein Angriffsbündnis ist, gewissermassen zu einem antiautokratischen Bündnis mutieren. So geschehen im Russisch-ukrainischen Krieg.

So sieht der linke britische Publizist und Autor des viel gelesenen Buches 'Postkapitalismus' (2015) in der «autoritären Achse der Staatschefs Trump, Putin und Xi die zentrale Bedrohung der Menschheit.»⁴ Mason fordert westliche Waffenlieferungen

an die Ukraine und propagiert ein neues Verhältnis der Linken zur NATO. Aus einem glühenden Anti-kapitalisten wurde in Kürze ein Antiautokrat und Befürworter der NATO.

So kommen in einer programmatischen Stellungnahme von Mattea Meyer und Cedric Wermuth vom Copräsidium der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) «die Autokraten» fünfmal vor, und zwar als die ausschliesslichen politischen Gegner.⁵ Die KapitalistInnen oder den US-Imperialismus - die SozialdemokratInnen könnten sie aus Rücksicht auf ihre schwindende WählerInnenschaft auch mit anderen Worten umschreiben - gibt es nicht mehr. Ihre Stellungnahme wird, ob gewollt oder nicht sei dahingestellt, zu einem Bekenntnis zur westlichen, transatlantischen Politik.

So empfiehlt Peter Sigerist, Schweizer Grünenpolitiker und ehemaliges Mitglied der trotzkistischen Vierten Internationale, angesichts des Ukraine-Kriegs der Friedensbewegung, ihr Verhältnis zur US-geführten NATO neu zu definieren. Sigerist: Die PazifistInnen sollen ihre negative «Fixierung auf die NATO und ihre schmutzigen Kriege überdenken» und überlegen, ob «die taktisch klugen Aktionen der NATO zur Unterstützung des mutigen Volkes der Ukraine jetzt (nicht) gerechtfertigt» seien.⁶

In diesen linken und grünen Aussagen, die sich beliebig vermehren liessen, zeigt sich die grosse Verwirrung und Orientierungslosigkeit vieler westlicher Linken, die vielleicht nicht einmal realisieren, dass sie 'imperiale Linke' geworden sind.⁷ Der WOZ-Autor Raul Zelik meint: «Eine Linke, die sich das uralte Narrativ zu eigen macht, wonach der Kampf zwischen Ost und West identisch ist mit jenem zwischen Diktatur und Freiheit, macht sich überflüssig.»⁸ Man muss sich ernsthaft fragen, wieviel es gegenwärtig noch braucht, bis die westliche Linke in einer ähnlichen «Kriegsbesoffenheit»⁹ landet, wie sie in der europäischen Linken vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieg herrschte.

1 Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Ende_der_Geschichte besucht 4.3.22

2 Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Autokratie> besucht 13.4.22

3 Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Autokratie> besucht 12.4.22

4 Zitiert von Raul Zelik in: WOZ (Wochenzeitung) Zürich Nr. 23 12.4.2022

5 Vgl. Meyer Mattea und Wermuth Cedric in: Der Bund (schweizerische Tageszeitung) Bern 11.4.22 S. 11

6 Zitiert in: Wie der Krieg in der Ukraine den Pazifismus herausfordert. Der Bund (schweizerische Tageszeitung) Bern 16.4.2022 S. 21

7 Vgl. Losurdo Domenico: Wenn die Linke fehlt. Köln, 2017 289ff

8 Vgl. Zelik Raul: Denkbar schlechte Verbündete. In:

WOZ (Wochenzeitung) Zürich Nr. 23 12.4.2022

9 www.rnd.de/politik/krieg-gegen-die-ukraine-die-linke-ringt-um-den-richtigen-kurs-HWSJS5G4NJCLDESDJM4FEJES2E.html

Aus dem Stadtrat Bern:

Schaffen wir das? Wir brauchen eine Kommission für Migration und Flucht!

Nachdem in der Ukraine der Krieg ausgebrochen ist und viele tausende Menschen vertrieben wurden, zeigte sich die Schweiz solidarisch. Mit dem Schutzstatus S, der den Aufenthalt der aus der Ukraine geflüchteten Menschen für ein Jahr regelt und ihnen erlaubt, in der Schweiz zu arbeiten, wurden schnell Massnahmen ergriffen, die es den geflüchteten Menschen ermöglicht, ein würdiges Leben, ein beteiligtes Leben zu leben in der Schweiz. Doch während alles dafür gemacht wurde, ein menschenwürdiges Leben für die Menschen aus der Ukraine zu ermöglichen, stecken andere in einem unmenschlichen und repressiven Asylregime fest.

Plötzlich ist klar, was möglich wäre. Plötzlich hört man, dass Menschen aus Drittstaaten – die ebenso wie die ukrainischen Leidensgenoss:innen vor dem unmenschlichen Krieg in der Ukraine geflüchtet sind – in ihre Papierheimat zurückkehren sollen. Plötzlich fragt man sich in den Medien, ob denn das wenige Geld wirklich reiche, welches die ukrainischen Geflüchteten kriegen.

Diese schnelle Reaktion der Politik, die grosse Solidarität mit den Leidtragenden des Ukrainekrieges hat aber auch die krasse und rassistisch motivierte Ungleichbehandlung in der Schweiz entlarvt. Und die muss thematisiert und angegangen werden! Die Solidarität in der Gesellschaft und Medien, die kritischen Recherchen und der neu gefundene Handlungsspielraum sollten allen Menschen zugutekommen.

Deshalb hat die PdA Bern zusammen mit der AL im Berner Stadtrat sofort reagiert und am 31. März 2022 gleich vier Vorstösse dazu eingereicht. Diese Vorstösse wollen jenen eine Stimme geben, die immer noch keine Stimme haben, welchen das Recht auf Rechte verwehrt bleibt, welche in der Hoffnung auf ein besseres Leben in die Schweiz geflüchtet

sind und hier repressiven und unmenschlichen Praktiken ausgesetzt sind.

Betroffen sind alle von der Politik. Aber sind denn auch alle beteiligt? Ein Viertel der hier lebenden Menschen ist heute ohne Schweizer Pass. Ein Viertel der hier lebenden Menschen sind so vom Stimm- und Wahlrecht – zumindest auf eidgenössischer Ebene – ausgeschlossen. So auch in Bern.

Das kann und darf nicht sein!

Bekanntlich braucht die Schweiz sehr lange, bis sie ihre Demokratiedefizite erkennt. Lange hat es gebraucht, bis bemerkt wurde, dass es problematisch ist, wenn die Hälfte der Bevölkerung eines Landes weder Stimm- noch Wahlrecht kennt. Deswegen verlangen wir, dass in Bern eine Kommission „Rassismus, Migration und Flucht“ eingerichtet wird, bei der BiPOC und Menschen ohne Schweizer Pass einen zentralen und ständigen Platz haben.

Denn: Veränderung kommt nicht aus einem Dominanzdispositiv heraus, Veränderung bedeutet, mit der Macht zu brechen und neue Wege aufzuzeigen!

Die ganze Motion dazu:

Dringliche Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA/ Tabea Rai, AL)

Was heute in Europa geschieht, ist schlimm. Nicht zuletzt gerade, weil es in Europa geschieht, ist der Unmut über den Krieg und den Kriegstreiber, aber auch die Solidarität mit den geflüchteten Menschen aus der Ukraine gross. Jedoch zeigt sich auch heute wieder klar, wie rassistisch geprägt unsere Strukturen immer noch sind. Nicht nur an der ukrainischen Grenze zu Polen. Auch hier in der Schweiz.

Immer wieder werden fremdenfeindliche und schädliche Narrative vom „gefährlichen, falschen“ Flüchtling öffentlich verbreitet. Auch von namhaften Politikern. Diese politische und rassistisch motivierte Instrumentalisierung der Angst vor dem Fremden wird auch im Zusammenhang mit den Flüchtlingsbewegungen aus der Ukraine offen zelebriert. Es wird vor Drittstaatenangehörigen gewarnt, welche über die Ukraine in die Schweiz gelangen könnten. Es sind aber nicht nur Vertreter*innen aus der Politik, welche mit solchen Aus-

gen Schlagzeilen machen. Auch die Medien selber positionieren sich äusserst bedenklich. So war in der NZZ vom 01. März 2022 von „echten Flüchtlingen“ die Rede. Während die Ukrainerinnen mit ihren Kindern wieder zurück in die Ukraine wollen, seien afghanische oder syrische Geflüchtete gekommen, um zu bleiben. So das Narrativ dieser Zeitung, gewisser Kreise, so die Erklärung, weshalb man so grosszügig mit den Geflüchteten aus der Ukraine umgeht. Dieses Narrativ wird, wie oben schon erwähnt, von Politikern getragen, welche etwa für den Migrationsdienst zuständig sind.

Die Verbreitung solcher Narrative, die öffentliche Ausgrenzung von Menschen, nur weil sie anders aussehen, riechen, kochen und beten wie wir, darf nicht unkommentiert bleiben. Denn Rassismus muss auch politisch bekämpft werden. Sonst hat die Rede von Demokratie wenig Gewicht. Denn:

Längst nicht alle haben in der Stadt Bern den gleichen Zugang zu Wohnraum, Arbeit und Bildung. Längst nicht alle können sich sicher sein, alle Grundrechte gewährt zu haben. Längst nicht alle, werden als „Einheimische“ respektiert, sondern immer noch als „Fremde“ gelesen, obschon sie nirgendwo anders hingehören. Längst nicht alle können barrierefrei an der Gesellschaft teilhaben. Geschweige denn auf Augenhöhe. Längst nicht alle haben eine Stimme. Und nicht zuletzt: längst nicht alle sind genügend in der Politik vertreten.

Diese Menschen brauchen eine Stimme, diese Menschen und ihre Anliegen müssen in der Politik angemessen vertreten sein. Auch in der Stadt Bern, in der rund ein Viertel der Wohnbevölkerung Ausländer*innen sind.¹ Solche Diskussionen und politischen Arbeiten dürfen und können nicht aus einem reinen Dominanzdispositiv heraus entstehen. Für einen wahren Wandel, damit Projekte wie etwa die von der Stadt schon seit langem angestrebte „City Card“ nachhaltig umgesetzt werden können, müssen Menschen, die heute noch keine Stimme haben, mit einbezogen werden, auch in die parlamentarischen und politischen Prozesse. Die Akzeptanz diskriminierter Menschen durch diejenigen, die keine Diskriminierung erfahren und eine Stimme haben, ist nicht genug, um wirklich was zu ändern.

**Deshalb wird der Gemeinderat
wie folgt beauftragt:**

1. Eine Kommission Rassismus, Migration und Flucht zu schaffen, in der die Gemeinderät*innen und Ämter, die eine besondere Verantwortung innerhalb dieser Themen haben, vertreten sind.
2. Nebst ständigen Vertreter*innen aus dem Stadtrat und den zuständigen Ämtern und Gemeinderät*innen sind in dieser Kommission analog zur Energie- und Klimakommission auch unabhängige Expert*innen und Menschen aus der Zivilgesellschaft aus verschiedenen Kulturen und gesellschaftlichen Bereichen und Schichten vertreten.
3. BiPoC und Menschen mit Migrationsvorsprung müssen dabei einen zentralen und ständigen Platz in der Kommission haben, insbesondere auch solche ohne Stimmrecht in der Schweiz.
4. Diese Kommission ist mit speziellem Auftrag zuständig für die Förderung transkultureller Kompetenz, dem Abbau von Rassismus und rassistischer Vorurteile. Dazu führt sie jährlich auch verschiedene Veranstaltungen durch.
5. Diese Kommission muss bei allen relevanten Geschäften miteinbezogen werden und Vorschläge anbringen können, wie die Politik und Gesellschaft stärker sensibilisiert werden können.
6. Diese Kommission muss Vorstösse ausarbeiten können, welche dann im Stadtrat und den zuständigen Kommissionen bearbeitet werden müssen.

Begründung der Dringlichkeit:

Diese Motion sorgt sich um die Rechte marginalisierter Menschen und fordert, deren Lebensumstände zu verbessern. Eine Begründung anbringen zu müssen, weshalb die Rechte geflüchteter Menschen und allen Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Namens, ihrer Herkunft oder vielem mehr diskriminiert werden, wichtig sind und ein solches Anliegen dringlich sein soll, wäre Teil des Problems. Die Rechte unterdrückter Menschen oder der Menschen, die keine Stimme haben, sind das politischste Anliegen überhaupt und somit implizit dringlich.

¹ <https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/fachstelle-fuer-migrations-und-rassismusfragen/fakten#:~:text=Wo%20Ausl%C3%A4nderinnen%20und%20Ausl%C3%A4nder%20in,belief%20sich%20auf%20knapp%2024%25>

Matteo Miceli, Stadtrat PdA Bern, Eingereicht am 31.03.2022

Aus dem Stadtrat Biel/Bienne:

...fehlende Steuereinnahmen... Rettung durch substance 2030?

Die Stadt Biel/Bienne ist nicht die einzige Gemeinde, die sich einem doch recht beachtlichen Schuldenberg gegenüber sieht. So um die 800 Mio. CHF beträgt zurzeit die Schuldensumme. Da kommen natürlich – gerade im Hinblick auf die Budgetdebatte – einige Ideen auf den Plan.

Zumal sich ein strukturelles Budgetdefizit von jährlich 25 Mio. CHF ergibt. Die Stadt Biel/Bienne kann zu wenig Einnahmen generieren. Natürlich vor allem Steuereinnahmen. Die leidige STAF, mit der im Jahr 2019 die eidgenössischen Unternehmenssteuern gesenkt wurden, mit den entsprechenden finanziellen Folgen auch für die Gemeinden, trägt da eine Hauptschuld. Juristische Personen werden steuerlich entlastet. Die natürlichen Personen bezahlen zwar mehr, weil die Stadt in den letzten Jahren stetigen Zuwachs erhalten hat. Diese Mehreinnahmen reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um die fehlenden Unternehmenssteuern kompensieren zu können.

Wie weiter?

Der Gemeinderat hat ein Projekt – substance 2030 – angeschoben. Es soll ermittelt werden, wie z.B. Mehreinnahmen generiert werden könnten oder auch in welchen Bereichen Spareffekte zu erzielen sind. Das genannte Projekt wurde nach der letztjährigen Budgetdebatte ins Leben gerufen und soll die angesprochenen 25 Mio. CHF „kompensieren“.

Dem Gemeinderat auf die Finger schauen!

Zum selben Zeitpunkt gründete sich eine außerparlamentarische und überparteiliche Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreter*innen der linken Parteien. Als Vertreter der PdA/POP nehme ich in dieser Gruppe Einsitz. Ziel der Arbeitsgruppe war und ist weiterhin, dem Gemeinderat genau

auf die Finger zu schauen. In acht (!) Sitzungen seit November letzten Jahres ergaben sich einige Lösungsansätze, wobei die PdA/POP dem einen oder anderen sehr kritisch gegenübersteht. Aufgegriffen wurde eine Steuererhöhung für natürliche Personen. Für die PdA/POP ein „no go“!

Warum? Nun, eine Erhöhung des Steuersatzes für natürliche Personen wäre im Grunde sozial.

Aber: Da die Stadt Biel/Bienne nicht an der Steuerprogression „rumschrauben“ kann – dies liegt in der Gestaltungshoheit des Kantons – werden niedrige Einkommen zu stark belastet. Menschen, die jeden Franken x-mal umdrehen müssen, würden ihren Teil zur Sanierung der Stadt beitragen. Kann wohl nicht sein!

Investitionen müssen weiterhin getätigt werden können. Und wenn alle „Stricke“ reissen, muss halt eine höhere Neuverschuldung ins Auge gefasst werden.

Die Bürgerlichen möchten schlicht und einfach den Sparhebel ansetzen. Das vor allem bei kulturellen Institutionen. Die Stadt Biel/Bienne soll also eine kulturelle Wüste werden.

Anzufügen ist an dieser Stelle, dass das Projekt substance 2030 mehrmals verzögert wurde. Und auf unsere Anfragen hin (Arbeitsgruppe), konnten nur sehr vage - wenn überhaupt - Auskünfte erteilt werden.

Ausserdem steht die nächste Budgetdebatte vor der Tür. Im Oktober wird im Stadtrat über das Budget für 2023 debattiert. Also, es bleibt wenig Zeit. Meine Vermutung geht leider in die Richtung, dass der Gemeinderat – bewusst? – Informationen zurückbehält, um an der Steuerdebatte ein leichteres Spiel zu haben.

Wir wollen Transparenz, deshalb das nachfolgende Postulat.

Dringliches Postulat:

Budget 2023 - Transparente Information des Stadtrates bezüglich Substance Massnahmen

Der Gemeinderat wird beauftragt, in den Berichten (zum Beispiel mittels einer Tabelle im Anhang) zum Budget 2023 und Finanzplan 2024-2026 an den Stadtrat sämtliche Massnahmen des Projektes Substance (inkl. Investitionen) transparent auszuweisen. Dies umfasst...

- eine Auflistung sämtlicher Massnahmen auf einer nicht aggregierten Ebene
- die konkreten Auswirkungen der Massnahmen
- die finanziellen Auswirkungen jeder einzelnen Massnahme
- die dreistellige Kontonummer des Kontos, das durch die Massnahme beeinflusst wird

Begründung:

Der Gemeinderat hat angekündigt, die Budgetsituation mit Massnahmen auf der Einnahmen- sowie Ausgabenseite bis 2030 um jährlich wiederkehrend 25 Millionen CHF zu verbessern. Erste Massnahmen werden wohl ins Budget 2023 einfließen. Damit der Stadtrat im Rahmen der Budgetdebatte sinnvolle Entscheidungen treffen kann, muss er transparent über sämtliche vorgeschlagenen Massnahmen informiert werden. Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, dem Stadtrat spätestens im Bericht zum Budget 2023 sowie im Finanzplan 2024-2026 jede einzelne Massnahme auf einer disaggregierten Ebene zu kommunizieren.

¡No Pasarán!

Pesche Heiniger, Stadtrat PdA/POP Biel/Bienne

Kant. Mitgliederversammlungen 2022

Montag 22. August, 19h30 in Bern

Montag 7. November, 19h30 in Biel

Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9

Bau-Demo am 25. Juni in Zürich!

Treffpunkte für die Demo:

Entweder: 10:30 im Sekretariat (Dienerstrasse 16)

Oder: 11:00 beim Central, Zürich

Weiteres Tagesprogramm:

Nach der Demo lassen wir den Tag im Zürcher Sekretariat ausklingen. Dazu werden wir da eine Bar betreiben. Kommt vorbei und trinkt mit uns nach der Demo etwas, auf den erfolgreichen Kampftag!

Für die 35-Stunden-Woche

Der Landesmantelvertrag (LMV), der für über 80'000 Bauarbeiter:innen gilt, läuft Ende dieses Jahres aus. Schon zum Voraus hat der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) provokativ angekündigt, dass er auch einen vertragslosen Zustand in Betracht ziehen wird. Bereits mit dem jetzigen Vertrag ist die Arbeit im Baugewerbe äusserst hart und prekär. Deshalb sind für die Vertragserneuerung viele Verbesserungen nötig. Die Bauarbeiter:innen haben wichtige Forderungen beschlossen, die von der Partei der Arbeit unterstützt werden.

Die Arbeitssituation der Bauleute muss zusätzlich verbessert werden, deshalb fordert die PdA:

- **Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ohne Erhöhung der Arbeitsintensität**
- **Der Ausbau der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes**
- **Die Frühpensionierung ab 55 Jahren**

Bei der Verwirklichung all dieser Forderungen geht es um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wie viel Profit die Bauunternehmer machen und wie viel die Bauleute bekommen, das entscheidet sich im Kampf. Deswegen sind wir heute hier und kämpfen solidarisch mit!

Mensch vor Profit!

